

**Auszug aus der Verhandlungsschrift**  
**über die öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des**  
**Gemeinderates**

**11. DA - Resolution zur TTIP/CETA/TiSA-freien Gemeinde**

**Sitzungstermin:** Donnerstag, den 11.12.2014  
**Sitzungsbeginn:** 18:00 Uhr  
**Sitzungsende:** 20:35 Uhr  
**Ort, Raum:** Sitzungssaal des Stadtamtes

**Anwesend sind:**

Herr Bgm Franz Stefan Karlinger	SPÖ
Herr Vbgm Klaus Kamptner	SPÖ
Frau Marie-Luise Metlagel	SPÖ
Herr Klaus Haidinger	SPÖ
Herr Helmut Käferböck	SPÖ
Herr Christian Deleja-Hotko	SPÖ
Herr Erich Postlbauer	SPÖ
Frau Roswitha Spöck	SPÖ
Frau Mag.a (FH) Ingrid Steinbichler	SPÖ
Frau Romana Radlspäck	SPÖ
Herr M.Ed. Mustafa Selimspahic	SPÖ
Herr DI Markus Scherzinger	SPÖ
Herr Wolfgang Grützmaker	SPÖ
Herr Harald Weingartner	ÖVP
Herr Ing. Manfred Voglsam	ÖVP
Herr Rudolf Hofmann	ÖVP
Herr Norbert Aichberger	ÖVP
Herr Wolfgang Gruber	ÖVP

Herr Dipl.-Päd. Gunnar Fosen	ÖVP
Frau Rita Sengseis-Spindler	ÖVP
Herr Franz Groschupfer	ÖVP
Herr Dr. Zoltan Balogh	ÖVP
Herr Ing. Rudolf Höfler	ÖVP
Frau Daphne Brenner	FPÖ
Herr DI Christian Dirnberger	FPÖ
Herr Gottfried Silvio Lackner	FPÖ
Frau Gabriele Fischer	FPÖ
Frau Kathrin Aichberger	FPÖ
Frau Dr. Michaela Heinisch	GRÜNE
Herr Mag. Wolfgang Heinisch	GRÜNE
Frau Anna Lioba Salomon	GRÜNE
Frau Mag. Gerda Reimann-Dorninger	GRÜNE
Frau Mag. Ursula Gruber berlander	ÖVP Vertretung für Frau Christine Ha-
Frau Daniela Schultes	SPÖ Vertretung für Herrn Haimo Proier
Herr Roland Breinesberger Handlgruber	SPÖ Vertretung für Herrn Roland
Frau Anna Gintentreiter Schaurhofer	SPÖ Vertretung für Frau Christine

**Entschuldigt fehlen:**

Herr Haimo Proier	SPÖ
Frau Christine Schaurhofer	SPÖ
Herr Roland Handlgruber	SPÖ
Frau Christine Haberlander	ÖVP
Herr Bundesrat Gottfried Kneifel	ÖVP

## zu 11

### DA - Resolution zur TTIP/CETA/TiSA-freien Gemeinde

Im Rahmen der Transatlantischen Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP) sowie der CETA- und TiSA-Abkommen verhandelt die EU-Kommission im Auftrag der Mitgliedsländer weitere Deregulierungsmaßnahmen und –schritte, die alle Lebensbereiche betreffen. Teilbereiche davon sind der Dienstleistungssektor und die öffentliche Auftragsvergabe. Laut dem durchgesickerten Verhandlungsmandat für TTIP und den durchgesickerten Verhandlungsdokumenten für CETA und TiSA ist das Ziel dieser Abkommen, bestehende Liberalisierungen des Dienstleistungsbereichs über diese Abkommen festzuschreiben.

Alle öffentlichen Dienstleistungen, die für den sozialen Zusammenhalt wichtig sind und zu denen alle BürgerInnen freien Zugang haben müssen, sind von diesen Abkommen betroffen: Gesundheit, Bildung, Energieversorgung, Wasser, Transporte, öffentlicher Verkehr, Post, Telekommunikation, Kultur und Freizeit, Abfallwirtschaft, Alterspflege usw.

Lediglich jene Bereiche, die explizit in Form eines Negativlistenansatzes ausgenommen werden, fallen nicht darunter.

Darüber hinaus sollen Konzerne, die in einer der Regionen bzw. Länder, die TTIP, CETA und TiSA verhandeln, eine Niederlassung haben, in Zukunft bei der Ausschreibung von öffentlichen Verträgen mitbieten können.

Freihandelsabkommen – so auch diese – sind für alle Gebietskörperschaften, also vom Bund über die Bundesländer bis zu den Gemeinden gültig; sie sind für alle Gebietskörperschaften verpflichtend. Bundesländer und Gemeinden sind also direkt betroffen. TTIP, CETA und TiSA stellen das Subsidiaritätsprinzip in Frage, indem sie namentlich die Möglichkeit der lokalen Entscheidungsträger und Entscheidungsträgerinnen einschränken im Dienstleistungsbereich eine eigenständige Politik zu betreiben. Die zwingende Gleichbehandlung von lokalen und ausländischen Anbietern (Prinzip der "Inländerbehandlung") macht Regionalpolitik oder die Förderung von Nahversorgung unmöglich.

Im Rahmen von TTIP und CETA sollen Konzernen auch Klagerechte gegenüber Staaten zugesprochen werden – der sogenannte Investitionsschutz. Solche Klagen sollen von privaten Schiedsgerichten entschieden werden, die der Öffentlichkeit - wenn überhaupt - nur beschränkt zugänglich sind und für die es keine Berufungsmöglichkeiten gibt. Damit können diese Konzerne in Zukunft Staaten (und indirekt Gemeinden) auf entgangenen Gewinn oder zu hohe Umweltauflagen klagen. Dies kann auch Gemeinden treffen. So hat Vattenfall 2009 Deutschland wegen zu hoher Umweltauflagen für das Kohlekraftwerk Moorburg in Hamburg geklagt.

Erstmalig wird im TTIP-Abkommen ein regulatorischer Rat verhandelt, der dieses Abkommen zu einem „lebenden Abkommen“ machen soll. Dieser Rat soll von Vertretern der Europäischen Kommission und der US-Regierung beschiedt werden. Nach Abschluss der Verhandlungen sollen bestehende und zukünftige Gesetze, Vorschriften und Standards zum Schutz von Leben und Gesundheit, zum Umwelt- und KonsumentInnenschutz insbesondere auch für den Handel mit landwirtschaftlichen Produkten darauf überprüft werden, ob sie ein unnötiges Handelshemmnis zwischen den

betreffenden Ländern darstellen und gegebenenfalls Maßnahmen zur Harmonisierung gesetzt werden. Ausgewählte Stakeholder (vor allem Konzerne) sollen in die Arbeit des regulatorischen Rates eingebunden werden.

Egal, welche Handels- und Investitionsabkommen verhandelt werden – ein grundlegendes Problem ist immer die fehlende Offenlegung von Verhandlungsdokumenten. Alle Verhandlungsdokumente sind geheim, weder die Position der Europäischen Kommission noch jene der verhandelnden Ländern USA und Kanada sind bekannt. Noch gravierender ist das diesen Verhandlungen eigene Demokratiedefizit. Dadurch, dass die Verhandlungen streng geheim und abgeschirmt von der Öffentlichkeit stattfinden, wird ein demokratischer Meinungsbildungsprozess unterbunden. Dies unterminiert die Grundpfeiler der Demokratie und muss deshalb grundsätzlich geändert werden. Verschiedene Gemeinden in Europa haben bereits Maßnahmen gegen TTIP, CETA und TiSA ergriffen und ähnlich lautende Resolutionen unterschrieben.

**Ich stelle den Antrag**, der Gemeinderat der Stadtgemeinde Enns möge beschließen:

Die Stadtgemeinde Enns erklärt sich zur "TTIP/CETA/TiSA-freien Gemeinde".

Mit der Erklärung zur TTIP/CETA/TiSA-freien Gemeinde werden folgende Forderungen an die Bundesregierung, an die Abgeordneten des Nationalrates und an das europäische Parlament verbunden:

- kein Abschluss von Handels- und Investitionsabkommen, welche die Gemeindeautonomie bei der Sicherstellung der öffentlichen Dienstleistungen untergraben oder ihre Rechte auf Regulierung einschränken
- kein Abschluss von Handels- und Investitionsabkommen, die Instrumente des Investitionsschutzes enthalten
- Aussetzen der TTIP & TiSA-Verhandlungen, solange die verhandlungsrelevanten Dokumente nicht offengelegt sind und es keinen demokratischen Prozess gibt
- Ablehnen des CETA-Abkommens durch die österreichische Regierung bzw. die Abgeordneten des Nationalrates bzw. die österreichischen Abgeordneten zum Europäischen Parlament
- die Offenlegung der Verhandlungsunterlagen aller derzeit verhandelten Abkommen, insbesondere von TTIP, CETA und TiSA für BürgerInnen und ParlamentarierInnen
- die begleitende öffentliche Auseinandersetzung mit den Verhandlungsinhalten während der gesamten Verhandlungsdauer im österreichischen und Europäischen Parlament unter Einbeziehung zivilgesellschaftlicher Organisationen.

**Beratung**

**Abstimmung**

**VORSITZENDER:** Es liegt keine Wortmeldung mehr vor. Wer mit diesem Antrag einverstanden ist, möge zum Zeichen der Zustimmung eine Hand erheben.

Gegen den Antrag stimmen STR Klaus Haidinger (SPÖ), STR Wolfgang Gruber (ÖVP), STR Harald Weingartner (ÖVP), Mag.<sup>a</sup> Ursula Gruber (ÖVP), Magdalena Aichberger (ÖVP), Franz Groschupfer (ÖVP) und Dr. Zoltan Balogh (ÖVP).

Der Stimme enthalten sich Ing. Rudolf Höfler, Dipl.-Päd. Gunnar Fosen und Rita Sengseis-Spindler (alle ÖVP).

Alle übrigen anwesenden Mitglieder des Gemeinderates stimmen für den Antrag.

**Ich stelle mehrheitliche Annahme fest.**

F.d.R.d.A.

A handwritten signature in cursive script, appearing to read 'Kocmann H.'.